

José Colombo

Udo Colombo

14.10.82

Herr Präsident, werte Kollegen!

Vor etwa einem Jahr habe ich zusammen mit meinem Kollegen Genscher vor diesem Plenum den deutsch-italienischen Entwurf einer Europäischen Akte erläutert. Angesichts der wachsenden Notwendigkeit eines solidarischen Handelns und in Anbetracht der schwierigen internationalen Lage erscheint diese Initiative heute genauso gerechtfertigt wie damals.

Unsere Aufgabe besteht darin, alle Aspekte der europäischen Einigung in einer einheitlichen Konzeption zusammenzufassen und der Gemeinschaft, die auch weiterhin der Eckpfeiler dieser Einigung sein wird, neue Impulse zu geben.

Der deutsch-italienische Entwurf einer Europäischen Akte hat keinen exklusiven Charakter, d.h. wir sind für die Beiträge all derjenigen dankbar, die unsere Beweggründe, unsere Besorgnis und unseren Wunsch nach einer tiefgreifenden Erneuerung teilen. Der Entwurf, der von diesem Parlament ausgearbeitet wurde und den wir besonders geschätzt haben, deckt sich insofern mit der deutsch-italienischen Initiative, als das gleiche Ziel angestrebt wird, das darin besteht, dem Integrationsprozeß neue Impulse zu geben.

Die Ausarbeitung eines neuen Vertragsentwurfs, der den nationalen Parlamenten unterbreitet werden soll und mit dem sich der Institutionelle Ausschuß Ihres Parlaments jetzt befaßt, unterstreicht den demokratischen Charakter des europäischen Aufbauwerks und bringt auf einzigartige Weise unser aller Engagement für eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft in wachsendem Einklang mit den hohen Erwartungen unserer Bürger zum Ausdruck.

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß sich die Europäische Union nicht realisieren läßt, wenn man allzu große Eile an den Tag legt und die Entwicklung mit Gewalt vorantreiben will. Notwendig ist vielmehr ein Engagement, das den bestehenden Realitäten Rechnung trägt und stufenweise alle Aspekte unseres Zusammenlebens einbezieht, ein Engagement, das einerseits auf die vollständige Verwirklichung der Gemeinschaftsverträge und andererseits auf die Ausarbeitung neuer Politiken abzielt, die zwar in den Verträgen selbst nicht vorgesehen sind, die aber zustande kommen müssen, wenn Europa eine eigene Identität, eine Existenzberechtigung erhalten soll.

In den Verhandlungen über die Verabschiedung der Europäischen Akte streben wir folgendes an:

- die Konsolidierung und Verstärkung der wirtschaftlichen Integration durch die vollständige Anwendung der Verträge;
- die stufenweise Verwirklichung einer gemeinsamen Außenpolitik, die auch Sicherheitsaspekte einschließt;
- die Ausweitung der europäischen Zusammenarbeit auf den Kultursektor und die Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften;
- die Einbeziehung der verschiedenen Aspekte der Europäischen Union in einen homogenen institutionellen Rahmen;
- im institutionellen Bereich die Verstärkung der Interdependenz zwischen all den Sektoren, die für den Prozeß der Europäischen Union von Bedeutung sind;
- die Anerkennung der wichtigen Rolle des Europäischen Parlaments, dessen Befugnisse erweitert werden müssen;
- die formelle Verankerung dieser Zielsetzungen in einem Vertrag.

Herr Präsident,

mit unserer deutsch-italienischen Initiative haben wir vor einem Jahr eine Diskussion in Gang gebracht und neben den Problemen des schwierigen politischen Alltags die grundlegenden Fragen des Prozesses der europäischen Integration angesprochen.

Die bisherigen Arbeiten haben zu einer Einigung zwischen den zehn Mitgliedstaaten über einige der Zielsetzungen geführt, die mit Blick auf eine Wiederbelebung verfolgt werden müssen. Es bestehen jedoch Meinungsverschiedenheiten bei einigen anderen Zielen und insbesondere eine gewisse Unschlüssigkeit, was die praktischen Konsequenzen betrifft, die gezogen werden müssen, um die umfassende Verwirklichung dieser Ziele zu gewährleisten.

An dieser Stelle kommt der Politik und den Parlamenten eine wichtige Rolle zu.

Ich frage mich, ob die großen politischen Strömungen der europäischen Demokratie, die in unseren Ländern und in diesem Parlament unterschiedlich stark ausgeprägt sind, nicht zusammenarbeiten können und müssen, um gemeinsam darauf hinzuwirken, daß unser Kontinent endlich sein gesamtes Potential in konkrete Fakten umsetzt. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß Europa Gefahr läuft, langsam aber sicher von der internationalen Bühne verdrängt zu werden, wenn dieses Potential weiterhin unausgeschöpft bleibt.

Herr Präsident,

der gemeinsame politische Wille der zehn Mitgliedstaaten muß vor allem dazu führen, daß die großen Fragen der wirtschaftlichen und währungspolitischen Integration gelöst werden.

Im Dezember findet in diesem Plenum eine Aussprache über den Bericht der Kommission über die wirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft im Jahr 1982 und die Aussichten für das Jahr 1983 statt. In einer Zeit wie der heutigen, die durch starke Spannungen geprägt ist, werden die Anregungen und Vorschläge des Europäischen Parlaments für die Regierungen und die Gemeinschaftsorgane von besonderem Interesse sein.

Erlauben Sie mir, daß ich Sie mit Blick auf diese Aussprache bereits jetzt an einigen Überlegungen allgemeiner Art teilhaben lasse.

Wenn die Europäische Gemeinschaft nicht ihre Schwächung riskieren will, darf sie sich nicht auf das politische Tagesgeschäft beschränken; sie muß vielmehr ihre schöpferischen Fähigkeiten und vor allem ihren Mut unter Beweis stellen, wenn es darum geht, neuen Realitäten gegenüberzutreten, die den Zusammenhalt des Gemeinsamen Marktes gefährden.

In einer echten Gemeinschaft muß die Solidarität zwischen den einzelnen Mitgliedern voll wirksam sein. Damit dies wirklich der Fall ist, müssen vor allem die Mitgliedstaaten bei den kurz- und den mittelfristigen makro-ökonomischen Maßnahmen alle möglichen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die übrigen Partner in Betracht ziehen. Gleichzeitig müssen sie auf eine weitestmögliche und harmonische Arbeitsteilung hinwirken, wobei einerseits ein perfekter Synchronismus anzustreben ist und andererseits die charakteristischen Strukturen der einzelnen Volkswirtschaften zu berücksichtigen sind.

Es müssen unbedingt präzise und konkrete Ziele definiert werden. Kurzfristig gesehen, müssen die Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer währungspolitischen Maßnahmen darauf bedacht sein, durch eine Vereinbarung über die Verfahren und Ziele einer

Geldmengenkontrolle zu einer Stabilisierung der Zinssätze zu kommen. Mittelfristig gesehen, muß dafür gesorgt werden, daß die Volkswirtschaften, die von den Risiken einer hohen Inflationsrate am stärksten betroffen sind und vorrangig das Ziel verfolgen, ihr Haushaltsdefizit zu reduzieren, dabei nicht von den Volkswirtschaften mit gesünderen Strukturen behindert werden, die geringere Haushaltsdefizite haben und die Lohnkosten besser unter Kontrolle halten können. Außerdem sind sie aufgrund der Tatsache, daß bei ihnen der Grad der Indexierung nicht so hoch ist, eher in der Lage, die Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung zu schaffen.

Neben der Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten spielt auch die Weiterentwicklung der gemeinsamen Politiken eine wichtige Rolle.

Unter makro-ökonomischem Aspekt impliziert diese Weiterentwicklung insbesondere den Übergang zur zweiten Stufe des Europäischen Währungssystems, dessen Ziel es bekanntlich ist, einen wachsenden Anteil der Währungsreserven der Mitgliedstaaten in einen gemeinsamen Fonds einzubringen. Was jedoch die sektoriellen Politiken anbetrifft, so muß unser Augenmerk vor allem der Verwirklichung gemeinsamer Politiken im Bereich der Industrie, der wissenschaftlichen Forschung und der technologischen Innovation gelten.

Im Bereich der Industrie müssen wir von einer Handelsgemeinschaft zu einer Produktionsgemeinschaft übergehen und für einen koordinierten Einsatz der nationalen Maßnahmen und Instrumente Sorge tragen, damit die Industriebetriebe in der Gemeinschaft überall analoge Bedingungen vorfinden, soweit dies möglich ist.

Ferner müssen wir in der Landwirtschaft die Verzerrungen korrigieren, durch die sich das Gefälle zwischen den beiden "Landwirtschaften" der Gemeinschaft im nördlichen und im Mittelmeerraum der EG noch vergrößert hat.

Die Verwirklichung gemeinsamer Politiken setzt voraus, daß man der Gemeinschaft die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen kann. Dies ist kein leichtes Unterfangen, insbesondere nicht in einer Zeit wie der heutigen, in der die Mitgliedstaaten ihre Haushaltspolitik an äußerst restriktiven Kriterien ausrichten. Es ist aber auch kein unmögliches Unterfangen; wichtig ist nur, daß alle Regierungen wissen, daß das nationale Interesse sich nicht nur mit dem gemeinsamen Interesse deckt, sondern - auch unter dem Gesichtspunkt der Ausgaben - gerade durch die korrekte Verwirklichung der gemeinsamen Politiken noch besser und wirksamer gewahrt werden kann.

Das "Mandat vom 30. Mai" gab uns die Chance für eine solche Wiederbelebung. Dieses Mandat muß uns in die Lage versetzen, eine neue Strategie zur Entwicklung gemeinsamer Aktionen zu definieren, die das interne Wachstum der europäischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit wiederbeleben, gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft wiederherstellen und sie erneut befähigen kann, ihre Rolle als treibende Kraft für die Lösung der Probleme der Entwicklungsländer wahrzunehmen.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es zwar, wie ich bereits sagte, erforderlich, stufenweise strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft der Gemeinschaft vorzunehmen; genauso notwendig ist es aber, eine Anpassung der Eigenmittel vorzunehmen, die streng kontrolliert werden muß, wobei auch der bevorstehende Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft ein wichtiger Faktor ist. Auch dieses Thema - der Beitritt Spaniens und Portugals zur Gemeinschaft - muß neu und mutig in Angriff genommen werden, um zu Entscheidungen zu gelangen, mit deren Hilfe man die Zweifel und Ungewißheiten ausräumen kann, die noch immer auf der Gemeinschaft, aber auch auf diesen beiden demokratischen europäischen Ländern lasten.

Herr Präsident,

was die Inhalte der europäischen politischen Zusammenarbeit betrifft, so müssen wir in erster Linie dafür Sorge tragen, daß die systematischen Konsultationen intensiviert werden, daß sie negative Entwicklungen verhüten helfen und auf ein gemeinsames Vorgehen in wirklich allen Fragen der internationalen Politik ausgerichtet sind. Auf diese Weise können wir den Bestand an gemeinsamen Standpunkten erweitern und bewirken, daß sich immer stärker eine europäische Außenpolitik herauskristallisiert.

Im Rahmen der Bemühungen, unserem Kontinent in der Welt Gewicht, Ansehen und Einfluß zu verschaffen, ist es offensichtlich wichtig, daß die Unstimmigkeiten in der westlichen Welt überwunden und die Spannungen vermindert werden. In diesem Sinne habe ich im vergangenen Februar in der Georgetown University einen Vorschlag für eine europäisch-amerikanische Freundschaftsakte zur Verstärkung der Demokratie und der Zusammenarbeit unterbreitet. Diese Akte müßte die politischen Aspekte der Ost-West-Beziehungen, die zugunsten der Dritten Welt zu ergreifenden Maßnahmen sowie die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Länder der westlichen Welt umfassen.

Die Konsultierung zwischen den Partnern diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans darf nicht mehr so bruchstückhaft sein wie bisher, und dies hängt auch davon ab, ob es uns gelingen wird, in Europa den Integrationsprozeß voranzutreiben. Die Strategie des Westens darf nicht das Ergebnis unilateraler Standpunkte sein, sondern muß im Rahmen eines Systems ständiger Kontakte und einer ständigen Bewertung der Faktoren definiert werden, die jeweils zur Sprache kommen.

In diesen Monaten, die von starken internationalen Spannungen gekennzeichnet sind und während der auch Probleme in den Beziehungen zwischen den Ländern der westlichen Welt deutlich wurden, hat meiner Ansicht nach das von meinem Kollegen Genscher und mir angeregte Vorhaben bereits zu ersten Ergebnissen geführt. So fand beispielsweise Anfang Oktober in Kanada eine äußerst interessante Konferenz der sechzehn Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses statt, auf der eine für die Allianz völlig neue, sehr freie und wirksame Formel gefunden wurde, die wir bereits im Rahmen der Gemeinschaft schätzen gelernt haben (die sogenannte "Gymnich-Formel"). Am 30. September dieses Jahres kam es in New York zu ersten europäisch-amerikanischen Kontakten zwischen dem Politischen Direktor des amerikanischen Außenministeriums und unserer politischen Zusammenarbeit, die durch die derzeitige dänische Präsidentschaft, den Vertreter Belgiens, der vorher die Präsidentschaft inne hatte, und den Vertreter der Bundesrepublik, die demnächst die Präsidentschaft übernehmen wird, repräsentiert wurde.

Herr Präsident,

die Europäische Akte sieht die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den zehn Mitgliedstaaten auf die Bereiche Sicherheit, Kultur und die Annäherung der

nationalen Rechtsvorschriften vor. Auch bei diesen Vorschlägen zeichnet sich in einigen Aspekten bereits ein weitgehender Konsens zwischen den zehn Mitgliedstaaten ab, bei anderen ist dieser Konsens weniger ausgeprägt.

Europa muß sich nicht nur darum bemühen, wichtige Voraussetzungen wie Stabilität, politische Weiterentwicklung und Wirtschaftswachstum zu schaffen, Voraussetzungen, die an sich bereits einen Beitrag zur Verstärkung der europäischen Identität leisten, sondern auch darum, einen koordinierten und wirksamen Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten. In diesem Sinne scheint eine Politik der Sicherheit in Europa nicht nur voll berechtigt, sondern auch unabdinglich zu sein, und diese Politik wird über die europäische politische Zusammenarbeit eine konkrete Dimension erhalten, insbesondere im Dialog mit den übrigen Teilnehmerstaaten der KSZE-Konferenz, wobei jedoch Voraussetzung ist, daß diese Staaten den Weg des gegenseitigen Vertrauens und der Abrüstung einschlagen wollen. Wir müssen ferner eine europäische Kulturpolitik entwickeln und in diesem Rahmen das geistige Erbe Europas immer breiteren Kreisen und vor allem der Jugend zugänglich machen.

Dieses Bestreben, eine europäische Kulturpolitik ins Leben zu rufen, ist Bestandteil der politischen Rolle unseres Kontinents in der Welt, einer Rolle, deren besonderes Merkmal nach wie vor eine große Offenheit gegenüber den anderen Völkern ist.

Im Bereich der Rechtspolitik stellt sich vor allem das Problem einer Annäherung der nationalen Rechtsvorschriften. Auf die Bedeutung dieses Ziels brauche ich hier nicht näher einzugehen, um zu betonen, daß es in der öffentlichen Meinung eine besondere Rolle spielt, auch unter dem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Kriminalität.

Herr Präsident,

bei der Verwirklichung des Zieles, eine umfassende Wiederbelebung Europas in die Wege zu leiten, wird offensichtlich die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft eine ausschlaggebende Rolle spielen. In bezug auf diesen Gesichtspunkt bestehen wir darauf, daß einerseits - auch bei der politischen Zusammenarbeit - die Frage des Zusammenwirkens der Regierungen im Entscheidungsprozeß in den Hintergrund treten und andererseits eine wachsende Konvergenz zwischen der Komponente der Integration und dem Aspekt der Zusammenarbeit der Regierungen erzielt werden muß, um ein umfassendes und koordiniertes Vorgehen im Hinblick auf die Verwirklichung der Europäischen Union zu ermöglichen.

Der in der Europäischen Akte enthaltene Vorschlag, daß ein "einzigster" Ministerrat - unter Anwendung bestimmter, jedoch entwicklungsfähiger Verfahren - die Angelegenheiten der Gemeinschaft, die Fragen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit sowie alle weiteren Aspekte der Europäischen Union regelt, ist von allen Regierungen begrüßt worden und ist sicherlich eine gute Sache.

Was den Europäischen Rat betrifft, so zeichnet sich eine Übereinstimmung darüber ab, daß er für die allgemeinen politischen Impulse und die Ausarbeitung der großen Leitlinien allgemeiner politischer Natur zuständig sein soll.

In bezug auf die Effizienz des Entscheidungsprozesses kommt dem Problem der Einstimmigkeit eine außerordentliche Bedeutung zu. In diesem Punkt sind

starke Differenzen zwischen den zehn Mitgliedstaaten hinsichtlich der Modalitäten der Anwendung des Mehrheitsprinzips zu verzeichnen, das in der Praxis seit 1966 auf der Grundlage des "Luxemburger Kompromisses" angewandt wird.

Diese Differenzen spiegeln sich in den Standpunkten wider, die bei der Prüfung des Entwurfs einer Europäischen Akte dargelegt wurden.

Wie mein Kollege Genscher vor diesem Hohen Hause bereits erklärt hat, wollen wir, daß die in den Verträgen vorgesehenen Mehrheitsbeschlüsse innerhalb des Ministerrates wieder zur Regel werden und daß die Berufung auf "lebenswichtige Interessen" dagegen die Ausnahme wird.

Ich bin davon überzeugt, daß dieses Ziel um so leichter erreicht werden kann und die derzeitigen Vorbehalte ausgeräumt werden können, wenn sich in den vom Rat gefaßten Beschlüssen in angemessener Weise die Anregungen und die Position eines demokratisch gewählten Parlaments - und auch das Europäische Parlament ist ein solches - widerspiegeln. Dies ist der Grund dafür, daß von Italien und der Bundesrepublik eine Verstärkung der Rolle dieses Parlaments vorgeschlagen wurde. Die Minister haben sich jedoch mit den Vorschlägen noch nicht eingehender befaßt.

Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Thema an einige wesentliche Zielsetzungen erinnern, die mit Hilfe der Europäischen Akte erreicht werden müssen: eine stärkere Einbeziehung dieses Parlaments in den Entscheidungsprozeß, eine rechtzeitige Unterrichtung des Parlaments, die Verstärkung seiner Kontrollbefugnisse, eine Aussprache in Verbindung mit einem Vertrauensvotum anläßlich der Vorstellung der neuen Kommission und die Verstärkung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten.

Die zehn Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sind sich prinzipiell über die Aufwertung der Rolle des Parlaments, die Verbesserung der interinstitutionellen Beziehungen (insbesondere zum Rat) sowie die Notwendigkeit einig, bestimmte Verfahren wirksamer und zufriedenstellender zu gestalten.

Von dieser prinzipiellen Übereinstimmung einmal abgesehen, nehmen die einzelnen Mitgliedstaaten in Detailfragen sehr unterschiedliche Standpunkte ein. Auf der einen Seite des Spektrums gibt es die Länder, die eine aufgeschlosseneren Haltung an den Tag legen und bereit sind, wesentlich zum Ziel der Europäischen Union, dem im deutsch-italienischen Entwurf gesetzten Ziel, beizutragen. Auf der anderen Seite dagegen gibt es Länder, die nur gewisse Verbesserungen der bestehenden Verfahren akzeptieren, sowie schließlich die Länder, die strikt dagegen sind, die Rolle des Parlaments über die Befugnisse hinaus zu verstärken, die ihm in den Gemeinschaftsverträgen zugewiesen wurden.

Diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen beeinflussen natürlich die Haltung der Mitgliedstaaten in den einzelnen Punkten des deutsch-italienischen Vorschlags.

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, daß wir es bei der zwischen den Regierungen geführten Diskussion über die Europäische Akte nicht versäumt haben, die ursprünglichen Vorschläge zu vervollständigen und den wichtigen Entschließungen Rechnung zu tragen, die vom Parlament in den Jahren 1981 und 1982 zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gemeinschaftsorganen angenommen wurden.

Wir sind vor allem der Ansicht, daß die Konsultierung des Parlaments auch auf die Fragen ausgeweitet werden muß, die nicht direkt die Gemeinschaftspolitik betreffen.

Wie ich bereits gesagt habe, haben wir außerdem vorgeschlagen, daß aus Anlaß der Einsetzung der neuen Kommission in diesem Plenum eine Aussprache in Verbindung mit einem Vertrauensvotum stattfinden soll. Denjenigen, die uns darauf hinweisen, daß die Einsetzung der Kommission gemäß den Verträgen ausschließlich den Regierungen vorbehalten ist, möchten wir entgegenhalten, daß es neben der formalrechtlichen Position einen grundlegenden politischen Aspekt gibt, nämlich die Notwendigkeit, das demokratische Element im institutionellen Gleichgewicht der Gemeinschaft aufzuwerten, das ja gerade durch dieses Parlament verkörpert wird.

In Anlehnung an die Beschlüsse, die während des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahre 1974 in Paris gefaßt wurden, zielen wir darauf ab, dem Europäischen Parlament die Befugnis zu übertragen, über den Rat eine politische Kontrolle auszuüben. Dieses Ziel gehört zum demokratischen Zusammenspiel von Exekutive und Legislative; außerdem wäre dies ein erster Schritt in Richtung auf eine effektive Einbeziehung dieses Parlaments in den Entscheidungsprozeß.

Herr Präsident,

das Europa der Zehn, so wie es sich heute darstellt, nimmt die ihm angemessene Rolle nur in begrenzter, manchmal unbefriedigender Form wahr, denn seine wirtschaftliche Integration weist immer noch Lücken und Widersprüche auf, und die politische Zusammenarbeit, die zwar in den letzten Jahren verstärkt wurde, besitzt immer noch nicht die Durchschlagskraft, die ihr durch das Vorhandensein eines wirklich gemeinsamen Willens zuwachsen könnte.

Wir dürfen uns keinen Illusionen über die zukünftige Rolle Europas hingeben. Wir müssen uns vor Augen halten, daß wir Gefahr laufen, von der internationalen Bühne ausgeschlossen zu werden, wenn wir die Gelegenheit zur Erneuerung nicht ergreifen. Dieser Tatbestand könnte zwar dadurch verschleiert werden, daß wir uns der trügerischen Illusion hingeben, die bürokratischen Mechanismen der Gemeinschaft funktionierten zufriedenstellend, oder daß wir uns von großen Worten über das europäische Ideal blenden lassen. Wir können uns jedoch der historischen Verantwortung für einen Fehler nicht entziehen, den wir begehen würden, wenn es uns nicht gelänge, der europäischen Einigung politische Impulse zu verleihen.

In einem Augenblick wirtschaftlicher und sozialer Spannungen in der ganzen Welt werden uns die Schwachstellen und Mängel des Gemeinsamen Marktes immer stärker bewußt. Die Tätigkeit unserer Gemeinschaft leidet sozusagen an einer "Sklerose" und wird nur allzuoft mit den Schwierigkeiten des Gemeinschaftshaushalts und den Krisen einiger Produktionssektoren gleichgesetzt.

Wir möchten die letztgenannten Aspekte gewiß nicht unterbewerten, machen jedoch mit Nachdruck auf die Gefahren aufmerksam, die sich daraus ergeben, daß die europäische Öffentlichkeit der Frage der europäischen Integration immer weniger Beachtung schenkt.

Andererseits müssen wir uns selbst und den anderen gegenüber offen und ehrlich eingestehen, daß eine Europäische Gemeinschaft, die nicht in der Lage ist, den tieferen Sinn der sich um uns herum abzeichnenden Veränderungen zu begreifen und überzeugende und wirksame Lösungen auszuarbeiten, nicht nur Gefahr läuft, ihren Elan zu verlieren, sondern auch und vor allem immer stärker

zu einem Gebilde zu werden droht, das den wirklichen Interessen, Erfordernissen und Wünschen der Völker Europa; in keiner Weise Rechnung trägt.

Die Vorschläge zur Änderung des institutionellen Rahmens der Europäischen Gemeinschaft, die nicht nur von unserer Seite unterbreitet wurden, verlieren an Bedeutung, wenn sie nicht in ein umfassenderes Konzept einbezogen werden, das auf dem Wege über die gemeinsamen Politiken den Bedürfnissen und konkreten Anliegen der Bürger Europas entgegenkommt. Dies gilt insbesondere für die derzeitige Situation, die durch ein gefährliches Anwachsen der Spannungen in den Produktionssektoren gekennzeichnet wird, eine Situation, in der die Arbeitslosenrate in allen europäischen Ländern immer weiter anwächst und das Gespenst der Rezession an unsere Tür klopft.

Zu Recht wurde von diesem Parlament die Bedeutung des Endziels der Europäischen Akte, nämlich der Abschluß des Vertrages über die Europäische Union, unterstrichen. Die Verwirklichung der Europäischen Union bedeutet gegenüber der derzeitigen Lage einen wichtigen qualitativen Schritt nach vorne. Sie bedeutet die Bekräftigung und Aufwertung einer besonderen Lebensform und eines eigenständigen Vorgehens, das darauf abzielt, im Einklang mit dem humanistischen Erbe zu handeln, das von den Kriegen und Spannungen, denen unsere Väter ausgesetzt waren, nicht zerstört werden konnte, sondern in seinem Gültigkeitsanspruch noch verstärkt wurde.

Es ist kein Zufall, daß es mitunter in der unmittelbaren Nachbarschaft der Gemeinschaft zu einem Ausbruch des Freiheitswillens kommt. Die derzeitigen Spannungen in Polen sind ein Beweis dafür, wie schwierig - ich würde sogar sagen unmöglich - es ist, Europa mit seinen menschlichen und sozialen Realitäten ein System aufzwingen zu wollen, das den Menschen, seine Würde und seine ihm angeborenen Werte sowie die Prinzipien der Demokratie und des Pluralismus in Frage

stellt, an denen sich unser Fühlen und Handeln als Europäer orientiert. Es geht, um es mit einem Wort zu sagen, um die Zivilisation, der wir angehören und an deren Gestaltung wir uns beteiligt haben.

Auch während dieser Tagung hat das Parlament auf meines Erachtens konkrete Weise den Gefühlen der europäischen Öffentlichkeit angesichts der unzulässigen Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit in Polen Ausdruck verliehen. Diese Ereignisse haben uns in unserer Überzeugung bestärkt, daß wir alles daran setzen müssen, die Lage in Europa zu konsolidieren und unseren Kontinent mit seinen Traditionen und seinem Empfindungsvermögen zu einem Schlüsselfaktor des Dialogs, des Fortschritts und des Friedens zu machen.

Herr Präsident,

wir als Politiker tragen gegenüber Europa eine große Verantwortung und erfüllen eine wichtige Mission; groß ist auch die Aufgabe, an deren Bewältigung wir jetzt herangehen müssen.

Einerseits ist die europäische Einigung eine Antwort auf die Erfordernisse der heutigen Zeit, die im ständigen Umbruch begriffen ist, und sie ermöglicht gleichzeitig eine radikale Überprüfung der zwischenmenschlichen Beziehungen; andererseits wird damit, daß unser alter Kontinent jetzt auch eine politische Dimension erhält, in die internationalen Beziehungen ein Element eingebracht, das tiefgreifende Veränderungen bewirkt. Der Zusammenschluß von Völkern, die zwar zu dem gleichen Kulturkreis gehören, jedoch tief verwurzelte und eigenständige Traditionen haben, im Rahmen eines Prozesses, bei dem die Vorherrschaft des einen Staates über den anderen von vornherein ausgeschlossen wird, bildet ein einzigartiges und originelles Phänomen in den internationalen Beziehungen.

Dieser Zusammenschluß der Völker Europas führt nicht dazu, daß die einzelnen Nationen in ihrer Identität eingeschränkt oder beschnitten werden, sondern bedeutet einen Dialog und eine gegenseitige Bereicherung.

Der Weg in Richtung auf die Europäische Union kann nicht mit Hilfe begrenzter Lösungen und bereits bekannter und schon in vergangenen Jahren erprobter Verfahren in Angriff genommen werden; erforderlich ist vielmehr eine Wiederbelebung mit Hilfe neuer Ideen und einer neuen Kultur, die integraler Bestandteil einer Strategie sein muß, die darauf abzielt, die Entwicklung wieder in Gang zu bringen und die erforderliche Konvergenz zu ermöglichen.

Wir haben die Initiative zu einer feierlichen politischen Absichtserklärung ergriffen, um der europäischen Öffentlichkeit und den politischen Kräften der zehn Mitgliedstaaten die Notwendigkeit einer Wiederbelebung vor Augen zu führen.

Es fehlt nicht an Ideen für eine solche Wiederbelebung; was jedoch fehlt, ist eine feste politische Entschlossenheit, auf dem Weg der Integration voranzukommen. Der Entwurf einer Europäischen Akte ist nach Ansicht ihrer Autoren weniger ein Programm mit konkreten Handlungsanweisungen, sondern dient in erster Linie dazu, alle aufgeschlossenen Kräfte in der Gemeinschaft zu mobilisieren, gemeinsame Zielsetzungen festzulegen und zu verwirklichen, um auf diese Weise die Entwicklung in Richtung auf die Europäische Union zu beschleunigen.

Unter diesem Aspekt gesehen ist die deutsch-italienische Initiative kein vorsichtiges und ängstliches Projekt, wie mehrfach gesagt wurde,

sondern eine Initiative, der Realitätssinn, Augenmaß und ein Gespür für das unter den derzeitigen Umständen Machbare nicht abzusprechen sind. Deshalb glauben wir, daß sie eine echte Chance und eine Hoffnung darstellt, und auf diesem Weg sollte man weiterschreiten. Daher wird unser Dank all jenen gelten, die gemeinsam mit uns zum Erfolg dieser Initiative beitragen wollen.

Mr President, ladies and gentlemen,

It is now a year since my colleague Mr Genscher and I presented the Italo-German draft European Act to this Chamber. Today, in the face of a growing need for solidarity and a difficult international situation, the motives which inspired this initiative remain valid.

All the aspects of the construction of Europe must be brought within a united framework, and, in particular, a new breath of life must be given to the European Community, which remains the cornerstone of this construction.

The Italo-German initiative is not exclusive in nature - in other words, it is open to contributions from all those who share our basic motives, our concerns and our desire for renewal. The draft Act prepared by Parliament, which we regard very highly, is aimed at the same goal as our own initiative - that of giving new life to the process of integration.

The drawing up of a new draft Treaty for submission to the national parliaments, currently being undertaken by your Committee on Institutional Affairs, is evidence of the democratic character of the European construction and an original expression of the strong commitment which we all feel and which our Community is developing in a manner increasingly consistent with the profound aspirations of our citizens.

History has taught us that European Union cannot be attained by moving too fast or trying to force the pace. We must take realistic action which will gradually influence all aspects of our civilian life. We must strive on the one hand to implement the Community Treaties fully and, on the other, to introduce new policies not provided for by the Treaties, but which are vital if we are to give Europe an identity and a genuine raison d'être.

The proposals on which the negotiations to launch the European Act are based are aimed at:

- consolidating and strengthening economic integration through a full application of the Treaties;
- gradually establishing a common foreign policy, including matters relating to security;

- extending European cooperation to the sectors of culture and the harmonization of national laws;
- bringing the various aspects of European Union within a more uniform institutional framework;
- recognizing the essential role of the European Parliament and extending its powers;
- finally, formally sanctioning these objectives in a treaty.

The aims we expressed a year ago when presenting the Italo-German initiative have been quickly fulfilled. Alongside the complex business of day-to-day discussions, we have provoked a debate and raised the fundamental issues surrounding the process of European integration.

The work we have so far accomplished has produced agreement between the Ten on some of the goals which should be pursued if we are to achieve a revival of Europe. Differences about others remain, however, and there are doubts as to how these goals can be achieved in practice.

Priority here must be given to political and parliamentary action.

I believe that the major currents of European democracy - Christian democracy, socialism and liberalism - which are variously represented in our countries and in this Parliament, can and must work together if our continent is to realize its true potential. For if that potential remains unfulfilled, Europe will slowly but surely find itself excluded from the world stage.

The renewed common political resolve of the Ten must be directed essentially towards solving the main problems of economic and monetary integration.

In December Parliament will discuss the Commission's report on the economic situation of the Community in 1982 and the prospects for 1983. At a time of great tension such as this, the guidelines and proposals emerging from the European Parliament will be of particular interest to the governments and the Community institutions.

With a view to this coming debate, I should like to make a number of general reflections.

If it is to avoid decline, the European Community cannot continue to operate as it does at present. It must show itself to be creative and above all courageous in tackling the new situations which are threatening the very cohesion of the Common Market.

In a true Community, the solidarity between members must be total. If this is to be achieved it is first essential that the Member States, in the management of their respective economic policies in both the short and medium term, take account of the effects which these policies will inevitably have on their partners and give careful thought to the advantages of a balanced distribution of roles, operating in a fully synchronized manner and giving due weight to the structural characteristics of the individual economies.

Firm and specific goals must be defined. As far as monetary policy is concerned, the Member States must strive in the short term to stabilize interest rates by reaching agreement on the techniques and aims of the control of their respective money supplies. In the medium term they must take steps to ensure that the economies most exposed to the dangers arising from high rates of inflation, and whose first priority must be to reduce their own public deficits, are not undermined by the actions of those economies whose greater structural soundness, lower levels of public deficit, greater ability to contain labour costs and smaller degree of index-linking made it easier to achieve the conditions for revival.

In addition to harmonizing their economic policies, the Member States must also develop common policies.

At macro-economic level, this must include the transition to the second stage of the European Monetary System, which will involve the pooling of a growing volume of the Member States' currency resources. As far as sectoral policies are concerned, however, we must devote our attention to the implementation of common policies in the field of industry, scientific research and technological innovation.

In the industrial field we must advance from a Community of trade to a Community of production, by achieving convergence between national policies and instruments in order to enable the Community's industries to operate as far as possible under uniform conditions.

In the agricultural sector we must correct the distortions which have widened the gap between the Community's two agricultures - the Mediterranean and the continental.

If common policies are to be achieved, the necessary financial resources must be made available to the Community. This is not an easy task, particularly at a time when the Member States are preparing budgetary policies on the basis of severely restrictive criteria. However, it is not impossible provided that all the governments recognize that national interests not only coincide with common ones but can also be better and more effectively safeguarded - even in the sphere of expenditure - through the correct implementation of common policies.

The Mandate of 30 May 1980 offered us a historic opportunity for a European revival of this kind. It should also allow us to define a new strategy for evolving common measures capable of reviving the internal growth of the European economy as a whole, and at the same time restoring the Community's international competitiveness and its role in stimulating the search for solutions to the problems of the developing countries.

To attain these goals we must, as I have said, move gradually towards structural changes in the Community economy; but there must also be a tightly controlled increase in own resources in anticipation of the enlargement of the European Community to include Spain and Portugal. Here again, however, on this question of enlargement, it is vital that we should strive in a new and bolder climate to reach decisions which will dispel the doubts and uncertainties which continue to weigh heavily not only on the Community but also on these two democratic European countries.

As far as European Political Cooperation is concerned, we must in the first place increase regular prior consultation on all aspects of international policy, without distinction. In this way we shall be able to increase the stock of our joint positions so as to move increasingly towards the definition of a European foreign policy.

Direct action to give Europe a voice, presence and influence in the world must clearly involve an accommodation of differences and a relaxation of tensions in the West. It was in response to this need that I put forward a proposal in February of this year at Georgetown University for a Euro-American Act of Friendship for the strengthening of democracy and cooperation, covering the political aspects of East-West relations, action in favour of the Third World and the coordination of the economic policies of the Western countries.

Consultation between the two sides of the Atlantic must be less fragmentary than at present and here again this depends on the attainment of a greater degree of integration in Europe. The strategy of the West must not be the outcome of unilaterally adopted positions but should be defined within the framework of a system of permanent contacts, with a continual evaluation of the issues which from time to time arise.

I believe that in recent months, which have been fraught with tension at international level and complications in relations within the West, the initiative taken by Mr Genscher and myself has begun to bear fruit. At the beginning of October there were very interesting consultations in Canada between the nations of the Atlantic Alliance on a new, freer and more effective formula for the Alliance, which has already been tested within the Community framework (the so-called Gymnich formula). And in New York on 30 September 1982 an initial

meeting took place between the political head of the US State Department and the Ministers of the Ten meeting in political cooperation, as represented by the 'Troika' of the present Danish Presidency, the previous Belgium one and the forthcoming German one.

The European Act provides for wider cooperation between the ten on matters concerning security, culture and the approximation of national laws. On these proposals a broad consensus is developing on certain aspects; on others agreement is more limited.

Europe must strive not only to achieve stability and political and economic growth which, on their own account, serve to strengthen its identity, but it must also strive to make a coordinated and effective contribution to its own security. In this sense, it seems completely right and proper that there should be a security policy in Europe which, through European political cooperation, will have a specific role to play particularly in the dialogue with the other countries participating in the CSCE, provided that these are prepared to embark on a policy of mutual respect and disarmament. Furthermore, we must develop a European cultural policy with a view to raising the level of consciousness, particularly amongst young people, with respect to Europe's spiritual heritage.

This point - with regard to European culture - is an aspect of Europe's political role in the world, a role that is characterized by widespread cooperation with all other peoples.

In the legal field the main problem which presents itself is that of the approximation of internal laws, an objective whose importance and implications for public opinion and the fight against terrorism and international crime I do not need to impress upon you.

Success in achieving the goals of a global European revival will clearly hinge on the Community's decision-making ability. With this in mind, we insist on the need to reduce - even with respect to political cooperation - the inter-governmental character of the decision-making process and to align more closely the concepts of integration and inter-governmental cooperation so that coherent and global action can be taken with a view to achieving European union.

The proposal contained in the European Act that there be a 'single' ministerial Council to deal with - albeit with separate procedures in embryonic form - Community affairs, questions connected with European political cooperation and every other aspect of European union is a concept accepted by all governments.

Indeed, it is a positive idea.

As regards the European Council, agreement is beginning to emerge that it should have responsibility for general political initiatives and for laying down the major goals and guidelines of general policy.

The problem of unanimity is of great importance as regards the effectiveness of the decision-making process. There are major differences amongst the Ten on the question of how to apply the principle of majority voting which, in fact, has been applied since 1966 on the basis of the 'Luxembourg Compromise'.

These differences were reflected in the formulae advanced during consideration of the draft European Act.

As my colleague, Mr Genscher, said in this very Assembly, we want the Council of Ministers to adopt majority decision-making as provided for in the Treaties, as the rule and the appeal to 'vital interests' as the exception.

I am convinced that the more easily that this goal is reached by overcoming present obstacles will mean that the decisions adopted by the Council will reflect more clearly the needs, aims and mandate of a democratically elected parliament, like the European Parliament, hence the measures proposed by Italy and Germany for

strengthening Parliament's role. As yet there has been no detailed discussion of these proposals at ministerial level.

I should like now, on this matter, to list certain aims to which the European Act should be directed: increased participation by this Parliament in the decision-making process; precise information for Parliament; an increase in Parliament's supervisory functions; a vote of confidence or ratification on the appointment of the new Commission; contact with national parliaments.

Amongst the Ten there is general agreement on the need to increase Parliament's role, to improve inter-institutional relations (particularly with the Council) and to make certain procedures more effective and satisfactory. Beyond this agreement in principle, national positions differ ranging from those committed towards a significant move in the direction of European Union (such as the Italo-German proposal) to those that only agree to certain procedural improvements and, finally, even those that are opposed to giving Parliament more responsibilities than are accorded to it by the Treaties.

This fundamental diversity of outlook naturally has an effect upon national attitudes towards individual specific points in the Italo-German proposal.

At this stage, I should like to point out that during the discussion between the governments on the European Act we integrated the initial proposals in the light of the important resolutions adopted by Parliament in 1981 and 1982 on improving relations between the institutions.

In particular, we consider that the process of consulting Parliament should also be extended to non-Community matters.

Furthermore, we have proposed, as I said, that when the new Commission is being appointed there should be a debate in this House on a vote of confidence in the appointment. To those who point out to us that the appointment of the Commission is restricted by the Treaty to the governments alone, our reply is that, over and above formal considerations, there is a fundamental political obligation to respect the democratic base enshrined within the institutional balance of the Community, namely this Assembly.

Our aim, which is incorporated in the decisions of the European Summit in Paris in 1974, is to confer on the European Parliament the power of political sanction with respect to the Council. This is an aim that falls within the scope of the democratic debate between the Executive and the Legislature, a prerequisite of which is the exercise by this Parliament of real power in the joint decision-making process.

Europe of the Ten as it stands in its present form, characterized by economic integration which is marked by gaps and contradictions and political cooperation that has increased in recent years but nevertheless lacks the incisiveness that could be achieved if real common commitment were forthcoming, is limited, often to the point of ineffectiveness, in its action.

We cannot foster illusions about the future role of Europe. We must be aware of the fact that if we let slip the chance of revival, then we run the risk of isolation. The blow of isolation may be softened by misleading illusions of the Community's sluggish bureaucracy or by rhetoric about the European ideal; however, we could not escape the serious responsibility that history would attribute to us for failing to take political action for the construction of Europe.

Today, in a world racked by economic and social tensions, the inadequacies and gaps of the common market are felt more than ever. Our Community's activity is paralyzed and too often identified with the difficulties of the Community budget and with the crisis in certain productive sectors.

We do not, of course, underestimate these last points, but we are highly critical of the dangers arising from the growing disaffection of public opinion towards European integration.

We must also be honest and open with ourselves and others that a European Community which is unable to understand the changes which are happening around us and to draw up effective and convincing solutions not only runs the risk of losing its impetus, but also, and especially, of developing into a body unrelated to the real interests, needs and aspirations of the people of Europe.

The same proposals that have been put forward by others as well as ourselves for a change in the European institutional framework are useless unless placed in a wider context where the fundamental needs and requirements of European citizens can be taken into consideration through the application of common policies; this is of uppermost importance at the present moment when tensions are growing dangerously in productive sectors where the rate of unemployment in all European countries is still rising and the spectre of recession threatens us all.

Indeed, this Parliament has stressed the importance of the final goal of the European Act, namely the Treaty on European Union. European Union means a major step forward. It means the reaffirmation and vindication of a particular independent way of life in keeping with the humanist heritage that remains untarnished by war and the tension of recent years thereby confirming its value in full.

It is not an accident that struggles for freedom are taking place practically on the threshold of the Ten; and the tensions by which Poland is racked show how difficult it is - I would say impossible - to impose upon European citizens and society systems that threaten man's intrinsic values and dignity and fail to conform to the democratic and pluralistic principles on which our thoughts and actions as Europeans are based, in a word the civilization to which we belong and which we ourselves have helped to form.

During this part-session, this Parliament has acknowledged public opinion in a positive way with regard to the inadmissible attacks on the freedom of trade union association in Poland. These events have strengthened us in our conviction that we should act to ensure that Europe consolidates its strength and, through its traditions and sense of awareness, serves as a point of reference in support of dialogue, progress and peace.

Our mission and our responsibilities as politicians towards Europe are great, as is the task which we are charged to carry out.

If, on the one hand, European unification, which implies a radical revision of human relations, is the answer to the tumultuous demands of our time then, on the other hand, a profound change away from the politics of pre-war Europe is called for in international relations. The very fact of combining people who, although belonging to the same culture, have deeply rooted historical customs and traditions that have developed independently alongside each other, amounts to a singular and unique phenomenon in the international community.

This union of European peoples neither weakens nor destroys individual national societies, but brings them together to their mutual benefit.

Progress towards European Union cannot be made by following the piecemeal formulae and plans that we know have already been tried in years gone by; what is called for, above all, is a revival that fuses ideas and culture as an integral part of a strategy designed to provide a stimulus so that the gaps that exist can be narrowed.

The spirit in which we have undertaken the initiatives for this solemn political declaration is aimed at demonstrating to the public at

large and the political forces of the Ten the need for revival.

There is no shortage of ideas for this revival: what is missing is a firm political commitment to progress towards integration. Those who support the European Act see it not so much as a programme on what should be done, but more as a way of mobilizing all the Community's vital forces with a view to defining and implementing specific common objectives which, once achieved, will make it possible to progress towards European Union.

Seen from this point of view, the Italo-German initiative is not, as has been said, timid and weak. It is an initiative based on realism, a sense of proportion and on the understanding of what is possible in the present circumstances. For this reason, we believe that it represents a basis for hope, provided that it is put to proper use, and we are ever grateful to those who, together with us, will help to bring it about.